

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 103 (2023)
Heft: 1112

Rubrik: Intro

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

INTRO

Trouvailles aus Politik und Wirtschaft



Bild: Doris Jungo / Pixabay

Direkte Demokratie bringt Bewegung in die Bargeldfrage

Ende Oktober war es so weit: Die **Eidgenössische Finanzverwaltung** und die **Schweizerische Nationalbank (SNB)** luden zum ersten **runden Tisch zur Bargeldversorgung** ein. Damit löste der Bundesrat ein Versprechen ein, das er vor einem Jahr abgegeben hatte («Bares soll Wahres bleiben», Schweizer Monat 1104, März 2023).

Der Tisch muss relativ grosszügige Dimensionen aufgewiesen haben, nahmen doch gemäss SNB rund 40 Vertreter von Banken, Werttransporteuren, Detailhandel, Dienstleistungsanbietern (z.B. die Post und die SBB) sowie von Wirtschafts- und Konsumentenverbänden teil. Ziel der Übung ist es, einen allfälligen Handlungsbedarf frühzeitig zu erkennen und mit den Verantwortlichen zu diskutieren. Während sich die SNB in ihrem Communiqué über allfällige Erkenntnisgewinne des Treffens ausschweigt, hält sie darin immerhin fest: «Ein Verschwinden von Bargeld wäre mit volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nachteilen verbunden.» Zudem nimmt sie besorgt Kenntnis davon, dass die Pandemie den Trend zum bargeldlosen Zahlungsverkehr weiter verstärkt habe; in der Krise selber brachte die SNB allerdings nicht den Mut auf, sich gegen diesen Trend zu stellen.

Dass sich etwas bewegt, ist auch ein Verdienst der direkten Demokratie: Die **Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit»** ist bereits zustande gekommen, und für die zweite, weitergehende Initiative **«Wer mit Bargeld bezahlen will, muss mit Bargeld bezahlen können!»** läuft die Sammelfrist. (pk)

Kreative US-Behörden: Zensur auf Umwegen

Direkte staatliche Zensur darf es in den USA aufgrund des ersten Verfassungszusatzes, der Einschränkungen der Meinungsfreiheit verbietet, nicht geben. Die Regierung hat diese Bestimmung allerdings umgangen, indem sie Zensur an Dritte auslagerte, wie ein im November publizierter **Bericht eines Ausschusses des Repräsentantenhauses** auf über 100 Seiten zeigt.

Eine Organisation namens **Election Integrity Partnership**, der die Stanford University und die Washington University angehören, wurde im Vorfeld der Wahlen 2020 von den Behörden gebeten, vorab identifizierte «Desinformationen» zu recherchieren. Diese Recherchen wurden dann samt Zensurratschlägen an Big-Tech-Firmen weitergegeben. Facebook und Twitter begannen daraufhin, vieles zu zensurieren, von Witzen über wahre Informationen bis hin zu politischen Meinungen. Dabei wurden republikanische Stimmen, darunter auch prominente wie Sean Hannity oder Donald Trump, viel häufiger zum Schweigen gebracht als demokratische. Dadurch sei der Diskurs in den sozialen Medien erstickt worden, heisst es in dem Bericht. Die ideologisch motivierte Zensurabsicht des Staates und die willige Kooperation von Akademikern führten so zur Unterdrückung «unzähliger» Meinungen. (as)



Staatliche Parteienfinanzierung durch die Hintertür

Eigentlich ist die Sache klar: Die Schweiz kennt keine staatliche Parteienfinanzierung. Die Parteien alimentieren sich über Spenden und Mitgliederbeiträge und sind nicht abhängig vom Staat. Einzig die Fraktionen im Parlament erhalten Beiträge vom Bund «zur Deckung der Kosten ihrer Sekretariate», wie es im Gesetz heisst.

In der Praxis ist die Trennung zwischen Partei und Fraktion aber nicht so klar, wie die **Grünliberalen** beweisen. Der parteieigene Think Tank **«GLP Lab»** klagte jüngst in einer E-Mail an Sympathisanten über Finanzprobleme: Wegen der Sitzverluste der GLP bei den Wahlen reduzierten sich die Fraktionsbeiträge sowie die Mandatsabgaben, die der Partei zuflössen. Die Delegiertenversammlung habe daher «grossflächige Budgetkürzungen» beschliessen müssen, unter anderem beim GLP Lab.

Der explizite Bezug auf die Wahlen macht klar: **Die GLP verwendet ihre Fraktionsbeiträge nicht nur für die Fraktionsarbeit, sondern auch für Parteiaktivitäten.**

Dasselbe scheint auch für die **Grünen** zu gelten. Generalsekretärin Rahel Estermann erklärte nach den Wahlen, man habe das Ziel, das «Sekretariat und die Kampagnenfähigkeit nicht zu verkleinern». Sie hofft auf wachsende Spenden. So sollen die wegfallenden Einnahmen des Bundes kompensiert werden, die offenbar für politische Kampagnen eingesetzt worden sind. (lz)